

Danziger



Zeitung.

No 16877.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Aelterhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk. durch die Post bezogen 5 Mk. — Inseratekosten für die sieben-gespaltene Seite oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Politische Uebersicht.

Danzig, 19. Januar.

Das Schüren der Kriegsfurcht.

Dass das „Militär-Wochenblatt“ eine Berichtigung der falschen Darstellung des „Russischen Invaliden“ über das Verhältnis der Truppenmassen, welche an den russischen und an den deutsch-österreichischen Grenzgebieten angesammelt sind, veröffentlicht werden, darauf mußte man von Anfang an gefaßt sein. Ueberraschend ist nur, daß diese, heute Morgen erscheinende Berichtigung zu einer Zeit erscheint, wo man angesichts der allseitigen Friedenskundgebungen hätte annehmen sollen, daß der Streit um die angeblichen Rüstungen völlig antiquirt sei. Die nachträgliche Veröffentlichung, welche den Nachweis führt, daß die Bedrohung durch Deutschland und Oesterreich, über welche die russischen Militärs Klage geführt hatten, in der That durch Rußland gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn geübt werde, kann die Friedenshoffnungen nicht gerade stärken. Mit Begierde benutzen daher Organe, welche von jeher die Lage in den schwärzesten Farben zu schildern sich zur Aufgabe machten, diese Gelegenheit, um von neuem die ernstesten Befürchtungen auszudrücken. So schreiben die Berliner „Polit. Nachrichten“:

Ein weiteres gravierendes Moment von ernster Tragweite ist soeben in authentische Beleuchtung gerückt worden durch die Entgegnung, welche das „Militär-Wochenblatt“ den wahrheitswidrigen Angaben des „Russischen Invaliden“ über das militärische Stärkeverhältnis in den Grenzprovinzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einerseits, Rußlands andererseits hat zu Theil werden lassen. Man muß sich hierbei vergegenwärtigen, daß als Inspiratoren des „Russ. Inv.“ Persönlichkeiten gelten, deren Rang und Einfluß in Rußland hoch bedeutsam ist, und man wird kaum einen Unterschied constatiren können zwischen den Absichten, welche die Urheber der falschen Darstellungen des „Russischen Invaliden“ leiten, und den Absichten jener, welche an der Anfertigung der genannten Aktenstücke theilgenommen haben. Wenn ein Organ von so unbestreitbarer, anerkannter Faktualität wie das „Militär-Wochenblatt“, welches sich nie in Polemik einläßt, Gelegenheit nimmt, zu bezeugen, daß das Wort zu ergreifen, so spricht diese Stellungnahme bereits genug, um jeden weiteren Kommentar überflüssig zu machen. Die Zahlenangaben des deutschen Fachorgans lehren mit überzeugender Klarheit, wo die Störung des militärischen Gleichgewichts an unserer Obergrenze zu suchen und zu finden ist, wo die äußeren Wahrzeichen der Europa beherrschenden Rüstung sich häufen und die Nachbarvölker zwingen, auf ihrer Hut zu sein.

Auch die „Post“ weiß nichts Bringenderes, als einen Kommentar zu dem Artikel des „Militär-Wochenbl.“ zu schreiben, welcher aus der nachgewiesenen Unglaubwürdigkeit der Angaben des „Russ. Inv.“ vom 15. Decbr. v. J. einen Schluß gegen die Glaubwürdigkeit der russischen Kundgebungen überhaupt, und also auch der Friedensbezeugungen zieht. Die letzteren hätten nur den Zweck, Rußland die Aufnahme einer Kriegsanleihe zu ermöglichen und Zeit zur Dervollständigung seiner Rüstungen zu gewinnen. Daß die „Post“ bei diesem Anlasse diejenigen verspottet, die den friedlichen Versicherungen Rußlands Glauben schenken, versteht sich von selbst. Ist es diesem konservativen und sonst der Regierung nahe stehenden Blatte ja doch gestattet gewesen, die Enthüllungen des „Reichsanzeigers“ über die gefälschten Aktenstücke als bedeutungslos hinzustellen. Wenn diese Auseinandersetzungen nur den Zweck und die Wirkung hätten, Rußlands finanzielle Kriegsrüstung zu verhindern, so könnte man darüber hinweggehen; aber das consequente Schüren der Kriegsfurcht seitens einer Presse, welche sich im übrigen die rückhaltlose Unterstützung der Regierungspolitik zur Aufgabe macht, hat nothwendiger Weise den Erfolg, auch die Industrie und den Handel Deutschlands zu beunruhigen und zu schädigen.

Dass nebenbei auch die Moskauer Kundgebung des Kaisers von Rußland als politische Heuchelei charakterisirt wird, ist gerade in einem conserva-

tivem Blatte in hohem Grade auffallend. Im übrigen besteht ja in der Presse eine tiefegehende Meinungsverschiedenheit darüber, ob der Umstand, daß Rußland keine neuen Vorschläge zur Lösung der bulgarischen Frage macht, als ein beruhigendes oder vielmehr beunruhigendes Symptom anzusehen ist.

Ueber die Lage in den Grenzgebieten übermittelt eine Wiener Depesche des „B. Tagebl.“ einige Meldungen, welche dazu beitragen, den friedlichen Gesamtcharakter der Situation zu vervollständigen: „Dieser Tage sind aus Warschau beträchtliche Vorräthe, Munition und Zwieback, sowie einige Sanitätsstrains, nach Czenstochau ins verschanzte Lager abgegangen. Unter der Czenstochauer Garnison herrscht nämlich der Typhus. In der Herstellung von Schanzen längs der Bahn Demblin-Dombrowa ist eine Unterbrechung eingetreten. In den Krakau benachbarten russischen Grenzbezirken ist keine militärische Bewegung Rußlands wahrnehmbar.“

Centrum und Nationalliberale gegenüber dem Socialistengesetz.

Ueber die Aussichten des neuen Socialistengesetzes gehen in parlamentarischen Kreisen die Ansichten noch immer weit auseinander. Vor allem wird auch über die Frage, welche Stellung das Centrum zu der Vorlage einnehmen werde, in Anknüpfung an die Reize des Freiherrn v. Franckenstein nach Rom viel gestritten. Bei dem vorgestrichenen Diner der Centrumsfraction des Reichstages zu Ehren des Herrn Windthorst erklärte der bairische Freiherr, er habe seine Rückkehr möglichst beschleunigt, um an dieser Feler Theil zu nehmen und die freundlichen Grüße des Papstes überbringen zu können. Aber damit ist die Frage noch nicht beantwortet, ob das Centrum in der Sache des Socialistengesetzes der Leitung seiner Führer folgen oder ob die Mäßigung zur Einigkeit im Sinne der Unterstützung der Regierungspolitik zu verstehen ist. Es ist bekannt, daß der Papst sich mit der Ausarbeitung einer Encyclica über die sociale Frage beschäftigt. Wird man im Vatican ruhig zusehen, wenn das Centrum im Reichstage der Regierung die Kampfmittel gegen den Socialismus versagt, die dieselbe nicht entbehren zu können behauptet? Bisher wird versichert, das Centrum könne dem Vorschlage der Verbannung von socialdemokratischen Agitatoren schon mit Rücksicht auf das Expatriationsgesetz von 1874 nicht zustimmen. Bleibt es dabei und bleibt das Centrum geschlossen, so wäre die Ablehnung der Verschärfungen des Gesetzes selbst dann wahrscheinlich, wenn der rechte Flügel der Nationalliberalen abspringen sollte. Die Frage also ist und bleibt die: Was sagt der Vatican zu dem Verbannungsgezet?

Was nun die Nationalliberalen anbelangt, so stößt man sich in diesen Kreisen allerdings am meisten an der Expatriations-Maßregel. Aber andererseits fehlt es auch nicht an offenen oder verdeckten Zustimmung. Beispielsweise spricht zwar der nationalliberale „Hamb. Correspond.“ den Wunsch aus, daß die Verbannung von Deutschen sich vermeiden lassen möge, obgleich er die Gründe, welche die Vorlage für die Verbannung anführt, als ganz plausibel, ja durchschlagend bezeichnet. Gleichwohl schreibt das Organ der Hamburger Kaufmannschaft: „Biel wird freilich darauf ankommen, ob der Reichskanzler in Person für die Gesetzentwurf einzutreten gedenkt. Denn es läßt sich voraussehen, daß er alsdann noch weitere politische, über die Darlegung der Motive hinausgehende Gesichtspunkte eröffnen würde, die von durchschlagendem Erfolge sein könnten.“ Also man wartet nur auf das Wort des Mächtigen? Dies dürfte sich zur rechten Zeit finden; denn anscheinend wird der Reichskanzler nicht verfehlen, zur Vertretung dieser Vorlage im Reichstage zu erscheinen. Damit steht denn auch wohl die Verschiebung der ersten Lesung des

heroische den Bereich, welchen es zunächst von Natur beherrscht, wogegen das Lyrische und Zarte als Sache eines Studiums erscheint, welches eine größere Verfeinerung im Piano, eine freiere Verfügung über die Höhe nicht ausschließt. In letzterer Beziehung ist die gar zu hohe Stimmung des Theaterorchesters in Rechnung zu ziehen, welche eines Tages der tieferen wird weichen müssen, zu welcher der hiesige Gesangverein vor Jahren bereits übergegangen ist und worzu selbst die Armeeverwaltung für ihre Kapellen sich neuerdings entschlossen hat. In der mimischen Darstellung that Herr Fihau alles, was mit der innerlich so vielfach unwahren Figur zu bewirken ist; handelt es sich doch gerade in der Scene des stärksten Conflictes, bei der Begegnung im Münster, nur darum, wie der Prophet angesichts der Mutter und gegenüber dem Volke sich im Einverständnis mit den gaunerischen Wiedertäufers aus der Affäre zu ziehen hat, wobei er denn auch die Mutter zur Lüge bestimmt. Von einer Entwicklung edler Leidenschaft kann da nur als von einer kaum noch möglichen Verschwendung die Rede sein. Wie man heute noch diesen Sohn auf alles Ideale einschließend der Religion erträgt, zu welchem gerade die Bühne hier gemüthlich wird, ist uns eigentlich unverständlich. Frä. Walter begegnete allen musikalischen und technischen Schwierigkeiten der gleichfalls sehr umfangreichen und anstrengenden Partie der Fides mit Kraft und Gemüthlichkeit, die ihr nirgends versagen und mit denen sie eine subjectiv sehr verdienstliche Leistung zu Wege bringt; objectiv läßt sich aber nicht verkennen, daß die Höhe ihrer Stimme an Glanz und Klangschönheit bei weitem die Mittellage und die Tiefe überwiegt, an welche die Partie mit ihrem tiefen Mezzosopran- (fast

Socialisten-Gesetzes bis Anfang oder Mitte der nächsten Woche in Verbindung.

Die militärische Hundert-Millionen-Forderung.

Wie in unserem telegraphischen Referat über die gezeigten Beratungen der Commission zur Vorbereitung des Wehrgesetzes schon hervorgehoben ist, wird der Nachtragsetz zur Durchführung des Wehrgesetzes nach einer Erklärung, des Kriegsministers in aller nächster Zeit dem Bundesrath vorgelegt werden. Bestimmte Mittheilungen über die Höhe der Nachforderung zu machen, wüßte sich Generalleutnant Bronsart v. Schellendorf mit Rücksicht auf den Bundesrath; gab aber an, daß zu einmaligen Ausgaben, d. h. zur Beschaffung der Bekleidung, Bewaffnung und Munition etwa 230 Mk. pro Mann nothwendig sein würden. Bezüglich der Zahl der zur Ausrüstung kommenden Mannschaften stellte Abg. v. Bennigsen eine Berechnung auf, wonach dieselbe sich auf 600 000 Mann belaufen werde. Nach der Annahme des Kriegsministers beläuft die Zahl sich auf 6-700 000 Mann. Nimmt man die Mitte mit 650 000 Mann an, so ergibt sich also eine Ausgabe von 650 000 × 230 = 149 500 000. Nun wird es allerdings nicht erforderlich sein, für die ganze Summe dieser Mannschaften die Bekleidung, Bewaffnung und Munition neu zu beschaffen; für einen erheblichen Theil würden vorhandene Vorräthe verwendet werden können. Die Nachforderungen an einmaligen Ausgaben werden daher zwar 150 Millionen nicht erreichen, gleichwohl aber hinter der Summe von 100 Millionen Mark nicht erheblich zurückbleiben. So sollte man wenigstens nach den gestrigen Verhandlungen in der Wehrcommission annehmen. Nun kommt freilich eine überraschende Nachricht wie folgt dazwischen:

Röln, 19. Jan. (Privattelegramm.) Nach einer Mittheilung der „Röln. Ztg.“ wird die Kostenforderung für das neue Wehrgesetz 100 Millionen weit überschreiten und sich mehr 200 als 100 Millionen annähern.

Die bald zu erwartende Nachtragsetzvorlage wird volle Klarheit bringen. Im übrigen hat sich bereits ergeben, daß durch die Summe von 150 000 Mk., welche in der Begründung der Vorlage als zur Erhöhung des Bureaufonds, zur Listensführung u. s. w. erforderlich bezeichnet wird, die Erhöhung der dauernden Ausgaben des Militäretats in Folge dieses Gesetzes noch nicht erschöpft ist. Zunächst müssen die Zinsen der Anleihe zur Beschaffung von Bekleidung, Waffen und Munition eingestellt werden; ferner müssen die Gebäude, in denen diese Bestände untergebracht sind, unterhalten und muß zur Bewachung derselben das Aufsichtspersonal verstärkt werden.

Der Bundesrath

hält heute eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung derselben steht u. a. der Antrag des Reichskanzlers, auf Grund des Münzgesetzes eine Bestimmung zu treffen, daß vom 1. April 1888 an fremde Scheidemünzen in Zahlung weder gegeben noch genommen werden dürfen; die Vorlage betreffend die Ergänzung des Reichshaushaltsetats, in welcher die Forderungen für die Errichtung der Postfach in Madrid, für die Herbeischaffung der noch in Olympia zurückgebliebenen Architekturstücke und für den Ankauf der Telegraphenpfeile zwischen Borkum und Looeostoff und zwischen Greetsiel und Valencia enthalten sind; der Vertrag mit den Niederlanden betreffend die Nordseefischerei und mehrere Ausfuhrberichte, darunter auch derjenige über die Ausprägung von Goldmünzen.

Die Fortbildungsschulen und gewerblichen Lehranstalten.

Im Etat des Handelsministeriums sind, wie wir bereits vor längerer Zeit mittheilten, größere

Alt-) Charakter gerade die meisten Anforderungen stellt: hier klang die Stimme bisweilen recht angeknüpft. In dem Ausdruck der Rolle trat die an sich schätzenswerthe äußere Energie mehrfach an die Stelle der inneren, mit welcher namentlich die Scenen zu erfassen wären, in denen Fides als von Schmerz und Leiden gebrochene ältere Frau erscheinen soll; hier erschienen Geberde und Ausdruck uns des öfteren zu jugendlich lebendig. Dem fünften Akt jedoch, wo Fides als über das Maß ihrer gegenwärtigen Körperkraft sich heroisch aufschwingend gedacht werden kann, und ebenso der Fluchscene im vierten, kam diese Energie wiederum wirksam zu statten. Die Romanze mit Bertha (die Bittscene) im ersten Akt, das Arioio (Ach, mein Sohn, Segen Dir) fanden vielen Beifall, ebenso gelang das interessante und schwierige Duett mit Bertha im vierten Akt ganz vortrefflich.

Herr Schloffer gab den Oberthal — der freilich ein echter Theaterbühnenist ist — mit Energie und frischem Stimmklang, die erste Anrede nur gelang nicht recht, was uns von einem so bühnen- erfahrenen Sänger verwunderte. Frau v. Weber sang die Partie der Bertha mit vorzugsweise glücklicher Disposition ihrer Stimme und mit einer wie immer treffenden Auffassung, worin die Sängerin der Rolle dadurch begünstigt wird, daß diese innerlich leidlich wahr gestaltet ist; im Verein mit Fräulein Walter in der Duettscene und der Fluchscene legte sie auch an diesem Abend viel Ehre ein. Die Wiedertäufer (die Herren Schelle-Jonas, Arleg-Mathisen, Düsing-Jacharias) entledigten sich ihrer Aufgabe mit Sicherheit und intensiven Pathos, wo die lateinischen Textstellen letzteres erfordern. Die Kritik kann nicht umhin, das störende Wüßlingen der

Summen als bisher für die Unterstützung von Fortbildungsschulen und gewerblichen Lehranstalten eingestellt worden. Was die letzteren betrifft, so heißt es darüber im Etat:

Die Zahl der Fortbildungsschulen befindet sich im Zunehmen; zugleich ist das Bestreben der Staatsregierung mit Erfolg darauf gerichtet, daß die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden an den einzelnen Anstalten vermehrt und der Unterricht da, wo er bisher auf die Wintermonate beschränkt gewesen ist, während des ganzen Jahres ertheilt, sowie daß die ortstatutarische Verpflichtung zum Besuche der Schulen, wo sie noch nicht auf alle unter 18 Jahre alten Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen und gewerblichen Arbeiter erstreckt, so weit ausgedehnt wird, wie gesetzlich zulässig. Die Folge hiervon ist eine erhebliche Steigerung der Unterhaltungskosten und somit auch der von Seiten des Staates zu leistenden Zuschüsse. Um dieselben gewähren zu können, ist eine Erhöhung der verfügbaren Mittel um den Betrag von 40 000 Mk. erforderlich.

Was die gewerblichen Fachschulen betrifft, so wollen wir nur hervorheben, daß in Aachen, wo bisher eine gewerbliche Fortbildungsschule bestanden hat, eine gewerbliche Zeichen- und Kunstgewerbeschule errichtet werden soll. Der Staat soll als Zuschuß zur Erhaltung derselben jährlich 12 780 Mk. aufbringen. Bezüglich der Entwicklung dieses Zweiges des Unterrichtswesens in der Provinz Pommern sagt der Etat:

In der Provinz Pommern besteht eine alte, fast ganz auf die Herstellung von Militärtüchern beschränkte Tuchindustrie. Sollte die Militärverwaltung aufhören, von dort einen großen Theil ihres Bedarfs zu beziehen, so würden die Fabrikanten und die sehr zahlreichen kleinen Webemeister einer schweren Krise entgegengehen. Um den mit einer so einseitigen industriellen Entwicklung verknüpften Gefahren zu begegnen und um die in manchen Beziehungen zurückgebliebene Webelei, welche in den Kreisen Dramburg und Rummelsburg ihren Hauptstich hat, concurrenzfähiger zu machen, wird beabsichtigt, in Falkenburg eine vollständig eingerichtete Webeschule, in Rummelsburg eine kleinere, besonders für diejenigen, welche eine auswärtige Anstalt nicht besuchen können, bestimmte Lehrwerkstätte einzurichten. Die beiden Städte sind bereit, die nöthigen Baulichkeiten aufzuführen und mit Unterstützung der größeren kommunalen Verbände einen Theil der laufenden Unterhaltungskosten zu tragen. Letztere sind für die Falkenburger Anstalt auf jährlich 13 800 Mk., für die Rummelsburger auf 4800 Mk. veranschlagt, wovon der Staat zwei Drittel mit je 9200 Mk. und 3200 Mk. zu übernehmen haben würde.

In Einbeck in der Provinz Hannover soll eine bisher private kleine Webeschule zu einer von der Stadt und dem Staate zu unterhaltenden, den Bedürfnissen der in dortiger Gegend im Aufschwung begriffenen Webelei entsprechenden Schule umgestaltet werden. Der Staat soll dazu jährlich 4000 Mark zuschießen. — Unter den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben des Etats für das Handelsministerium figuriren die gewerblichen Schulen gleichfalls mit namhaften Beträgen. So sind gefordert: für bauliche und sonstige Einrichtungen bei der Musterbleiche zu Solingen 21 880 Mk., zu baulichen Veränderungen in dem Gebäude der eingehenden Gewerbe- und Handelsschule zu Rassel, um dasselbe für die gewerbliche Zeichen- und Kunstgewerbeschule zu verwenden, 29 950 Mk., zur Ausrüstung der Webeschule zu Einbeck mit Maschinen, Webestühlen und sonstigen Lehrmitteln 10 000 Mk., zur Ausrüstung der Webeschule in Falkenburg, Reg.-Bez. Cöslin, 20 000 Mk., zur Ausrüstung der Webelehrwerkstätte zu Rummelsburg, Reg.-Bez. Cöslin, 5000 Mk. und zur Abhaltung von Curven für Zeichenlehrer an Fortbildungsschulen 17 600 Mk.

Der fremde Postdienst in der Türkei.

Nach einer uns aus Constantinopel zugehenden Meldung hat die Pforte im Hinblick auf die demnächst bevorstehende Eröffnung der directen Eisenbahnverbindung mit dem Continente bei den Botenstationen einiger Großmächte Fühlungsversuche angestellt, welche eine Aenderung der gegenwärtigen bezüglich des Postwesens in der Türkei herrschenden Zustände zum Gegenstande haben. Die Pforte möchte den oben bezeichneten Anlaß dazu benutzen,

Stelle „des Simmels Willen müssen wir erfüllen“ (im 3. Akt) zu registriren, doch vermag ein solches einzelne Malheur das Verdienst der Darsteller im ganzen nicht zu beeinträchtigen. Im 5. hatte Herr Gedlich den Kriegshauptmann übernommen und wirkte in sehr bemerkenswerther Art günstig mit Stimme und Erscheinung.

Der „Prophet“ mit seinem so vielfach maßlosen und widerwärtigen dramatischen Unfinn, seinen lediglich rhytmischen und phonetischen Effecten ohne alle eigentlich sinnensfähige Melodie und ohne Tiefe der Harmonik — er und seinesgleichen wären längst von der Bühne verbannt, wenn Wagner in der Linie Holländer-Tannhäuser-Cohengrin zu schaffen fortgefahren, wenn er die Aufführung seiner ferneren Werke nicht von so tausend Bedingungen abhängig gemacht und nicht andere Probleme mit musikalisch-dramatischen vermischte hätte: es ist hohe Zeit, daß die Reformen, die er in Bezug auf innere Wahrheit der Charaktere, auf gut poetische Textgestaltung, auf Declamation und freiere Form der Oper vorgenommen hat, von der jüngeren Generation in jener Linie fortgesetzt würden, damit wir unschwer aufführbare Opern bekämen, die unserm Empfinden näher ständen: lange kann es mit Meyerbeer und manch anderem nicht mehr dauern. Noch ist diese Generation jüngerer Operndichter recht spärlich gefäet, die bemerkenswerthe unter ihnen sind Alghard mit seiner „Gudrun“ und Curti mit seiner „Hetha“, welche von der hiesigen Direction in Angriff genommen ist. Freilich haben wir auch die Frage übrig: wohin ist Mozart, wohin Glück von unserer Bühne verschwunden? Des letzteren 100jähriger Todestag ist in diesem Jahre spurlos an ihr vorübergegangen — auch hierin rechnen wir auf die Zukunft. C. F.

Stadt-Theater.

Nach langer Zeit trafen unser Ohr wieder die Accente der großen Oper in der gestrigen Aufführung des „Propheten“, die der hochverdiente Kapellmeister Herr Aufschers sich zu seinem Benefiz gewählet hatte, nachdem eine andere Wahl an den Umständen gescheitert war. Herr Aufschers bewährte in dieser Oper wiederum glänzend sein Directionstalent; das Orchester gehörte seinen Intentionen mit treuestem Bemühen und zeigte sich auf einer Höhe, die es, wie die Theaterfreunde sich erinnern, seit Jahren nicht mehr eingenommen hatte. Der Dirigent wurde mit Applaus und reichlichen Aranzspenden empfangen, das Haus war, wenn nicht voll, so doch reichlich besetzt und gab im Laufe des Abends wiederholt Beweise der Sympathie, deren Herr A. sich allerseits mit Recht erfreut. Auf der Bühne trat nicht minder als im Orchester das Bestreben zu Tage, das Bestmögliche für diesen Abend zu thun, und wenige unglückliche Secunden abgerechnet, wirkte in der Aufführung ein fester Zug, ein zielbewusstes Wollen zu einem in Summa sicheren und besessenen Gelingen. Vor allem bewährte Herr Fihau als Johann v. Lepden seine außerordentlich große Aufgabe mit unermüdlicher Kraft, vollster Sicherheit und mannigfaltigem Ausdrucks-Bemühen. Seine Traumerwählung und das Pastorale im 2. Akt, der Triumphgesang am Schluß des dritten Aktes und das Trinklied der unheimlichen Schlußscene nach den vielfachen Anforderungen, die der letzte Akt an den Sänger des Johann stellt, waren ebenso viele Proben stimmlicher Kraft und ausgiebigen Vortragstalent; in letzterem bildet das

um ihren lang gehegten Wunsch nach Aufhebung oder wenigstens Einschränkung des selbstständigen Postdienstes, den einige fremde Regierungen in der Türkei unterhalten, der Realisirung entgegenzuführen. Allen Ansätze nach werden aber diese Bestrebungen auf eine nur sehr geringe Geneigtheit seitens der Mächte stoßen.

Irard mankt

In seiner Stellung trotz des erst vor wenig Tagen errungenen, anscheinend so glänzenden Vertrauensvotums der Kammer. Das Journal „Paris“ will wissen, Irard werde seinen vorgefertigen von der Budgetcommission abgelehnten Getränkesteuerentwurf aufrechtzuerhalten und aus dessen Annahme eine Cabinetsfrage machen; mehrere Minister theilten jedoch die Ansicht Irards nicht. — In parlamentarischen Kreisen wird eine Cabinetskrise als nahe bevorstehend angesehen.

Amerika und die alte Welt.

Der schottisch-amerikanische Millionär Andrew Carnegie hat dem in Pittsburgh (Pennsylvania) in deutscher Sprache erscheinenden Pittsburgher Volksblatt zu Neujahr eine Zuschrift folgenden Inhalts geschickt: „Das alte Europa ist ein großes Heerlager, Millionen seiner besten Söhne werden abgerichtet, einander zu tödten. Der neue amerikanische Continent ist ein lächelnder Garten. Seine Millionen pflegen die Künste des Friedens. Die Dynastien der alten Welt sinken tiefer und tiefer unter den Schuldenlasten. Die neue Welt hat Mühe, was sie mit ihren Ueberschüssen thun soll. Im despotischen Europa giebt es Anarchisten und Nihilisten die Menge — das natürliche Resultat ungerechter Gesetzgebung. Die Reime dieser verderblichen Wucherungen verwelken und sterben ab, wenn sie in die Republik verpflanzt werden. Wegen dieser und anderer Wohlthaten freut sich, von allen Ländern ist Amerika das begünstigste.“ „Es ist vielleicht manche Dichtung, aber noch mehr unzweifelhafte Wahrheit hierin!“

Die Zustände in Oberbirma.

dem unruhigsten Theile des von den Engländern vor zwei Jahren eroberten hinterindischen Königreichs, werden, wie aus Rangun unterm 4. d. gemeldet wird, langsam besser. Die jetzt noch stattfindenden Aufstände seien dem herrschenden Mangel zuzuschreiben, der in fast der ganzen oberen Provinz allgemein sei. Im District Chinwin wurden mehrere kleinere Injurgentenführer gefangen genommen. Mehrere Ruhestörungen werden aus Yaw gemeldet. Im District Mynigyan ereigneten sich in verfloßener Woche acht Zusammenstöße mit Injurgenten und in einem derselben wurden 3 Personen getödtet und 2 verwundet. Zwei Dörfer unweit der Grenze des Districts Tzongbongee wurden von zwei Injurgentenbanden geplündert. Die berittene Infanterie verfolgte eine der Banden und holte sie ein. In dem sich entspinneuden Kampfe wurden 7 Injurgenten getödtet und 2 gefangen genommen, sowie 90 Kinder erbeutet.

Im großen und ganzen sind jedoch die Engländer mit der jetzigen Lage der Dinge zufrieden.

Reichstag.

16. Sitzung am 18. Januar. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Antrags Munchel, betr. die Zuständigkeit der Schwurgerichte. (Ausnahme derselben auf Preß- und politische Vergehen). Die Beratung war am 7. Dezember v. J., nachdem der Antragsteller und die Abgg. Hartmann und Windthorst gesprochen hatten, vertagt worden.

Abg. v. Marquardsen (nat.-lib.): Mit dem Abg. Windthorst bin ich der Meinung, daß sich für Preßvergehen die Schwurgerichte ganz ausgezeichnet eignen. Diesen Standpunkt habe ich bei der Beratung des Preßgesetzes und der großen Justizgesetze immer vertreten. Es ist aber nicht gelungen, diese Bestimmungen allgemein für Deutschland einzuführen, sondern nur in den Ländern bestehen zu lassen, wo bereits die Schwurgerichte für die fraglichen Vergehen zuständig waren, wie in Bayern. Aber ich schließe mich dem Einwand des Abg. Windthorst an, daß jetzt dieser Antrag keine Aussicht auf Annahme seitens der Regierung hat, und deshalb werden die Nationalliberalen gegen den Antrag selbst stimmen.

Abg. Träger (freis.): Auf diese Erklärung des Vorredners war ich allerdings vorbereitet. Daß die Preß- und politischen Vergehen nicht vor die Schwurgerichte gehören, ist eigentlich der Ausnahmezustand; man hat nur nach und nach die Befugnisse der Schwurgerichte eingeschränkt, um sie zu entlasten, ihnen aber die Zuständigkeit für Preßvergehen zu entziehen, ist sehr bedenklich. Bei Beratung der Justizgesetze wurde ein Paragraph, der sich mit dem Antrage Munchel im wesentlichen deckte, mit einer Mehrheit von 215 gegen 102 St. angenommen, mußte aber schließlich fallen, weil die Regierung entscheidenden Widerstand leistete. Für Bayern blieb die Zuständigkeit bestehen. Daraus ist in der Justizkommission ein außerordentlich bedenklicher Mißstand entstanden. Wir wünschen die Annahme des Antrags Munchel wesentlich aus denselben Anschauungen, denen das Schwurgericht überhaupt seine Entstehung verdankt. Der Gesetzmacher verleiht den Angeklagten und seine Verhältnisse besser, als ein fern dem Leben stehender Berufsrichter. Die Berufsrichter sind auch an die Entscheidungen des Reichsgerichts gebunden, der Gesetzmacher nicht. Die Grundfrage der Rechtsprechung ist die Ueberzeugungsfreiheit des Richters, nicht bloß bei der Constatierung der Thatfachen, sondern auch bezüglich der Gesetzesanwendung. Bis jetzt liegen aber schon 16 Bände Reichsgerichtsentscheidungen in Strafsachen vor, es kann kaum mehr eine That begangen werden, für welche nicht schon eine Entscheidung vorhanden ist. Der Richter urtheilt nach diesen Entscheidungen, durch die er gedeckt ist. Dieser Uebelstand tritt beim Schwurgerichte nicht ein. Und wie auch der Abgeordnete Windthorst in seiner vorsichtigen Weise äußerte, es können auch Entscheidungen der höchsten Gerichtshöfe bedenklich sein. Ich erinnere an die schwierige Definition des Begriffes des Verdruchs und an die Auslegung des Groben-Unfugs Paragraphen, mit dem auch die gutgesinnte Presse schon böse Erfahrungen gemacht hat. Auch über den § 193 über die Wahrnehmungsberechtigter Interessenten die Ansichten weit auseinander. Wenn die Presse nicht mehr der Ausdruck der öffentlichen Meinung sein und nicht mehr allgemein anerkannte, drückende Uebelstände frei besprechen soll, so schneiden Sie ihr den Lebensfaden von vornherein durch. Wir wollen niemanden strafen lassen, aber das Urtheil von äußerlich unabhängigen Männern lassen, bei denen auch nicht ein Schatten von Verdacht vorliegt, daß sie eine vorgefaßte Meinung haben könnten. Das Schwurgericht ist das notwendige Correlat des constitutionellen Staates, und dieser Gesichtspunkt nöthigt dazu, gerade die politischen Vergehen den Schwurgerichten zu unterstellen. Dies ist nicht bloß eine Forderung der liberalen Partei, denn die Sicherstellung des Rechts dient dem ganzen Staatswesen. (Beifall links.)

Abg. Frohme (Goc.): Meine Partei ist mit dem Antrag Munchel einverstanden, wenn sie auch weit davon entfernt ist, in demselben eine vollständige Sicherheit gegen den Mißbrauch der Rechtsprechung überhaupt zu erblicken. Auch unter ihm kann sehr wohl eine Klassenjustiz von Geschworenen, insbesondere gegen Mitglieder meiner Partei gelbt werden. Aber von zwei Uebeln wählt man das kleinere. Es herrscht gegenwärtig in

Deutschland ein Zustand der Rechtsunsicherheit, daß beispielsweise für Socialdemokraten thatsächlich nicht mehr wissen, was wir nach dem Socialistengesetze thun oder unterlassen müssen. Bei der preussischen Regierung insbesondere macht sich eine förmliche Manie geltend, Vergehen zu construieren, an die vorher niemand gedacht hat. Heute ist die Rechtspflege nicht die Seele des Volkes, sondern der Regierung, die nach ihren besonderen Absichten gegen die oppositionellen Parteien handelt und gar nicht darnach fragt, was Recht, was Unrecht ist. (Unruhe.)

Abg. Hartmann (cons.) wendet sich gegen den Vorredner; er bestrittet, daß ein Umwandel in der Rechtsfrage besteht, ein Mißbrauch derselben im Interesse der Regierung.

Abg. Barth (freis.): Ueber das Schicksal des Antrages bei den Regierungen machen wir uns keine Illusionen; wir halten es aber für nothwendig in einer Zeit, in der man sich ansieht durch Verschärfung des Socialistengesetzes die discretionären Befugnisse der Polizei zur Niederhaltung der öffentlichen Kritik erheblich zu verstärken, erneut auf diejenigen gesetzlichen Garantien aufmerksam zu machen, die in freieren Staaten zum Schutz der öffentlichen Kritik bestehen. Wir sind gewöhnt, daß die Regierung jede öffentliche Kritik politischer Maßnahmen als eine unbefugte Eingriffung der Presse ansieht. In anderen Ländern geht man nicht von dem subalternen Gesichtspunkte aus, daß keinem Nachdruck ein Haor in der öffentlichen Discussion gekrümmt werde. Eine freie Discussion gilt vielmehr als die Vorbedingung des Culturfortschritts. Bei uns dagegen unterdrücken die berufsmäßigen Richter jeden Satz, der in der Öffentlichkeit gesprochen wird, ob sich nicht ein verbrecherischer Wille herauszusprechen läßt. Es ist schon früher hier auf den Fall Dürholt aufmerksam gemacht. Der Staatsanwalt Heim hat inzwischen einen Antrag auf Straferfolgung des Redacteurs Dürholt wegen Beleidigung des Reichstags gestellt. Derselbe Staatsanwalt hat aber mit einer stupenden Unbefangenheit seinerseits den Reichstag in viel schärferer Weise beleidigend angegriffen, indem er gegen einen Beschluß des Reichstags als einen unpatriotischen und für das deutsche Vaterland schmachpollen in einer Adresse an den Reichskanzler protestirte. Kann man sich wundern, daß Hr. Dürholt seiner Verwunderung hierüber Ausdruck gab? In anderen Ländern wäre wahrscheinlich in allen den Fällen, in denen er früher verurtheilt worden war, überhaupt kein Strafverfahren gestellt worden. Eine freie Meinungsäußerung der Presse über das Verhalten der Beamten ist um so nothwendiger, nachdem in letzter Zeit deren Zahl so erheblich in Folge der neuen Gesetze vermehrt worden ist. Diese freie Meinungsäußerung ist aber fast illusorisch gemacht worden durch die vorjährige Reichsgerichtsentcheidung, wonach unter dem Begriff des groben Unfugs jede objectiv unwahre Mittheilung subsumirt werden ist. Danach steht unsere Presse unsicherer da, als die französische Presse nach dem Staatsrecht. Will man die Wohlthaten der Preßfreiheit genießen, so muß man auch ihre Unbequemlichkeiten mit in den Kauf nehmen, und weil wir überzeugt sind, daß die Geschworenen für diese Grundwahrheit ein feines Gefühl haben als die Berufsrichter, so haben wir diesen Antrag gestellt. (Beifall links.)

Die zweite Beratung wird im Plenum erfolgen. Es folgt die erste Beratung der Anträge der Abgg. Munchel und Reichensperger wegen Einführung der Berufung in Strafsachenverfahren.

Abg. Reichensperger (Centr.): Man hat die Berufung beseitigt, weil man von der Voraussetzung ausging, daß die bessere Befehung der zweiten Instanz eine correctere Rechtsprechung herbeiführen würde. Diese Voraussetzung ist nicht eingetroffen und die Mißstände, welche sich herausgestellt haben, sind von Seiten der Reichsregierung auch bereits anerkannt. Es wurde uns sogar eine Vorlage in Aussicht gestellt, was uns veranlaßte, 1885 auf eine weitere Beratung unserer Anträge zu verzichten. Aber die Vorlage erschien nicht; deshalb müssen wir unsern Antrag erneuern. Redner geht dann auf die einzelnen Gründe ein, welche man bei Beratung der Justizgesetze gegen die Berufung vorgebracht. Er weist darauf hin, daß die Erfahrung gezeigt habe, daß die Berufung nicht unnötig und leichtsinnig eingeleitet werde. Denn von den Berufungen, welche gegen Schöffengerichtsurtheile eingelegt worden sind, seien 40 Proc. als begründet erkannt worden. Die Wiedereinführung wird nicht alle Uebel im Strafverfahren beseitigen; aber das Mögliche zu einer gerechten Aburtheilung muß von uns geleistet werden.

Abg. Klemm (cons.) bekämpft sich als Gegner der Berufung; dieselbe ist mit dem in unserm Strafverfahren geltenden Princip der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit nicht vereinbar. Die Mißstände, welche sich herausgestellt haben und über welche man klagt, könnten besser beseitigt werden, wenn man die bestehenden Vorschriften genauer befolgt, die Voruntersuchungen obligatorisch macht und überhaupt nicht so häufig verzweifelt.

Abg. Miquel: Gätten wir es mit einem zweifellosen Fortschritt in der Rechtspflege zu thun gehabt, als die Berufung aufgehoben wurde, woher kommt dann sowohl im Volke, wie in den Juristenkreisen die wachsende Bewegung für die Wiederherstellung der Berufung? (Sehr richtig!) Ohne meine Commissionen in der großen Justizcommission zu nahe zu treten, will ich Ihnen ein Geständnis machen. Damals herrschte in der Commission und der ganzen Juristenwelt eine Art der Sympertotologie der Unmittelbarkeit und Mündlichkeit. Was nicht diesem Princip entsprach, wenn es auch die Praxis unbedingt erforderte, wurde rücksichtslos verworfen. (Sehr richtig!) Der jetzige Zustand giebt keine Garantie. Die strenge Durchführung der bestehenden Vorschriften, welche Hr. Klemm als nothwendig bezeichnete, ist nicht immer nothwendig. Bei 80 Fällen von hundert werden diese Dinge überflüssig sein. Durch Ersparung alles Ueberflüssigen wird man eine schnellere und dadurch eine wirkungsvollere Justiz herbeiführen. Man sagt: welche Garantien sind da, daß der zweite Richter besser urtheile wie der erste? Es ist im Rechtsgefühl des Volkes tief begründet, in allen Fällen, wo es sich um Leben und Ehre handelt, an einen zweiten Richter zu appelliren. Wir machen die Gesetze nicht bloß für den Richter, sondern für das Volk. Bei der Beratung der Justizgesetze konnte ich keine Anhänger für meine Meinung finden. Heute hat sich die Sache gewendet. Die Berufung ist die Hauptsache; die Art und Weise der Ausführung ist Nebensache. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Munchel (freis.) constatirt, daß das Haus einig darüber ist, daß wir in einem Zustand leben, der der Abänderung bedarf, und daß ein großer Theil der Mitglieder diese Abänderung nicht durch Cautelen, sondern durch die thatsächliche Nachprüfung des ersten Urtheils erreichen will. Daß der Bundesrath sich unserm Beschluß nicht anschließen werde, wie der Abg. Marquardsen schon hinsichtlich der Schwurgerichte uns zu Gemüthe führte, kann mich nicht bestimmen, meinen Antrag fallen zu lassen. Sache des Reichstages ist es, dem Ausbruch zu geben, was der Wunsch des Volkes ist. Selbst wenn ich wüßte, daß die Mehrheit dieses Hauses meinen Antrag nicht acceptirte, würde ich mich nicht geniren, diesen Antrag einzubringen. Eritt der Reichstag auch heute diesem Beschluß bei, dann wird er mit der Zeit auch zum Ziele gelangen. (Beifall links.)

Die zweite Lesung des Antrags wird im Plenum erfolgen. Nächste Sitzung: Freitag (Fortsetzung der zweiten Lesung des Staats-G. betr. den Erlaß der Relictenbeiträge.)

Deutschland.

* Berlin, 18. Jan. Der Kronprinz hat auf die Glückwunschsadresse der evangelischen Geistlichkeit Berlins folgende Antwort an den General-Superintendenten Dr. Brüdner erlassen:

„Sie haben mit der evangelischen Geistlichkeit Berlins in gemeinsamer Fürbitte meiner gedacht und mir wohlgemeinte freundliche Glückwünsche zum Jahreswechsel überlanbt. Ich danke aufrichtig für dieses Zeichen warmer Theilnahme und gebe zuversichtlich der Hoff-

nung Raum, daß mit Gottes Hilfe meine Gesundheit sich bei fortschreitender Genesung stärken und befestigen wird.“

San Remo, 7. Januar 1888.

gegr. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.“

* [Die Kronprinzessin über ihren Gemahl.] Ueber einen Ausflug der Kronprinzessin nach Ca Moriola bei San Remo auf die Besitzung von Mr. Kanbury schreibt eine Schleswig-Holsteinerin der „Kieler Zeitung“ von der Riviera u. a. Folgendes: „Die Kronprinzessin war sehr aufgeräumt und erzählte unter herzlichem Lachen ergötzliche kleine Geschichten, wobei sie in ungemessener Heiterkeit ihrer Tischnachbarin, einer jüngst verheiratheten Engländerin, wiederholt die Hand auf den Schooß legte. Im Laufe der sehr heiteren Unterhaltung wagte es eine ältere Dame der Tischgesellschaft, Mrs. Sp.-B., der Krankheit des Kronprinzen zu erwähnen. Dabei erzählte sie, daß sie selber einmal einen Ausfall gehabt, der nach dem Urtheil der besten Aerzte am Zungenkrebs hätte leiden sollen und bereits von ihnen ausgegeben gewesen sei. Trotzdem habe sich schließlich doch die Diagnose der Aerzte als ein Irrthum erwiesen. Darauf antwortete die Kronprinzessin, beide Hände herzlich auf den Arm der Erzählerin legend, wörtlich: „Oh, ich danke Ihnen, daß Sie mir diese Geschichte erzählt haben; die hat mir wohlgethan! Aber wissen Sie, wir glauben keinen Augenblick, daß es Krebs ist; es ist eine vernachlässigte Erkältung, die in — (unverständlich) — übergegangen ist; und es wird mindestens zwei Jahre dauern, um ihn wieder ganz gesund zu bekommen.“ Weiterhin äußerte dann die Kronprinzessin: „Sie sollten meinen Mann sehen! er fühlt sich so stark, er springt, er rennt, er geht, er tummelt sich umher!“

* [Spiritus-Commissionsbank.] Die „Zeitschrift für Spiritusindustrie“ schreibt in ihrer neuesten Nummer: „Eine Entscheidung bezüglich der für die Leitung der Spiritus-Commissionsbank in Frage kommenden qualifizirten Personen hat noch nicht getroffen werden können. Bevor man sich aber hierüber nicht schlüssig gemacht hat, wird in die Detailarbeit — über die großen Züge herrscht im wesentlichen Einverständnis — nicht eingetreten werden können. Man wird uns zuflüchten, wenn wir unserer Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß für die Durchführung des Unternehmens die Personenfrage der Cardinalpunkt ist; eine Uebereilung in dieser Beziehung muß in jedem Falle vermieden werden.“

* [Beschlußfassung über die Altersversorgung.] Von zuverlässiger Seite will die „Deutsche volkswirtschaftliche Correspondenz“ erfahren haben, seitens des Reichsamt des Innern seien die Vorschläge, betreffend den Gesetzentwurf der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter, bereits geprüft und festgestellt worden, so daß, insofern nicht noch wesentliche Abänderungen des Entwurfs seitens der übrigen Reichsanstalten gefordert würden, derselbe binnen etwa 14 Tagen dem Bundesrathe zur Beratung und Beschlußfassung werde zugehen können.

* [Zurückzahlung der Sperrgelder.] Es ist ein alter Wunsch der Centrumpartei, daß die im Culturkampf aufgesparten Sperrgelder vom Staate der Kirche zurückzuerstattet werden möchten. Jetzt ist nach der „Köln. Volks-Ztg.“ von Seiten der Pfarren des Decanats St. Goar eine Petition an das Haus der Abgeordneten abgegeben, „es möge bei einem demnächstigen Erlaß eines Gesetzes über die Verordnung der während der Gehalts-Sperre angefallenen Beträge das hohe Haus der Abgeordneten sich dahin aussprechen, diese Beträge seien den Pfarrern zurückzuerstatten als denjenigen, die das erste Recht darauf haben, da sie ihnen entzogen wurden.“

* Rostock, 17. Januar. Eine hier abgehaltene Maurerverammlung beschloß Erhöhung des Stundenlohns von 35 auf 40 Pf. zu fordern wegen andauernder Erhöhung der Zölle, besonders der Getreidezölle, der höheren Brennsteuerversteuerung und der Vertheuerung anderer Lebensbedürfnisse.

* Straßburg, 18. Januar. Die Frau des wegen Landesverrats verhafteten Hilfschreibers Diez ist nebst ihren Kindern gleichfalls verhaftet worden. Der Fabrikant Wagner von Mülzig (Nieder-Elsaß) ist ebenfalls unter dem Verdachte des Landesverrats, nach Straßburg abgeführt worden.

Frankreich.

Paris, 18. Januar. Wilson hatte heute ein längeres Verhör vor dem Untersuchungsrichter.

England.

London, 18. Jan. Das ehemalige Parlamentsmitglied Graham Cunninghame und der Socialist Burns wurden heute wegen ungeleglicher Zusammenrottung auf Trafalgar-Square am 13. November v. J. zu sechsmonatlichem Gefängniß ohne Strafarbeit verurtheilt, von der Anklage der Aufreizung zu Unruhen dagegen freigesprochen.

Amerika.

ac. Newyork, 16. Januar. Die Schneestürme, welche jüngst in Texas, Minnesota, Dakota, Montana, Nebraska und Kansas gewüthet haben, sind die schlimmsten seit Menschengedenken gewesen. Innerhalb 24 Stunden fiel das Thermometer von 74° über Null auf 28° unter Null. Fast in einer Stunde trat an die Stelle eines wolkenlosen Himmels Schnee so fein wie Mehl, der von dem brüllenden Sturme mit furchtbarer Geschwindigkeit fortgetrieben wurde. Die Stimme des Menschen war in einer Entfernung von 6 Fuß nicht mehr vernehmlich. Von der Schule zurückkehrende Kinder kamen im Schnee um, vom Felde kommende Farmer kannten ihre Häuser nicht lebend erreichen. Eine Frau, welche aus der Thür trat, um nach ihrem Manne zu sehen, starb auf der Hauschwelle. Die Mehrzahl der Umgekommenen sind erstickt und nicht erfroren, da es unmöglich war, in dem Schneesturm zu athmen. Bis jetzt ist die Liste der Todten noch nicht vollständig, auf jeden Fall sind es aber mehr als 100. Der Eisenbahnverkehr war während des Sturmes eine Zeit lang suspendirt.

Am 20. Jan.: Danzig, 19. Jan. M.-A. bei Tage. S.-A. 8.9. U. 4.14.

Wetterausichten für Freitag, 20. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Frostwetter, meist wolzig und trübe, vielfach neblig; mit Schneefällen bei schwacher bis mäßiger Luftbewegung.

* [Sturmwarnung.] Ein Telegramm der deutschen Seewarte von heute Mittags 11 Uhr meldet: Ein tiefes barometrisches Minimum über Lapp- und ein Theilminimum über Schweden scheint südostwärts fortzuschreiten. Es sind daher stürmische nordwestliche Winde wahrscheinlich. Die Küstenstationen haben den Signalball aufgezogen.

* [Neue Staatsbauten in Westpreußen.] Vorgestern bereits sind in unseren Berliner Telegrammen diejenigen Ansätze mitgetheilt, welche der Staatshaushalts-Etat pro 1888/89 für neue bauliche Anlagen in Westpreußen enthält. Den uns nunmehr vorliegenden Special-Etats entnehmen

wir über einzelne dieser Ansätze noch Folgendes. Ueber den Ausbau der Weichsel-Mündung bei Neufähr, für welche als Reihsumme 70 000 Mth. gefordert werden, sagt der Etat in seinen Erläuterungen:

Zur Befreiung der auf 720 000 Mth. veranschlagten Kosten des Ausbaues der Weichselmündung bei Neufähr sind im Jahre 1886/87 140 000 Mth. aus dem elbschifffahrt Wasserbaufond entnommen und für das Jahr 1887/88 300 000 Mth. bereit gestellt worden. Während der Bauperiode des Jahres 1887 haben die Arbeiten bei günstiger Witterung und ruhiger See in dem Maße gefördert werden können, daß bereits im August der Baufond nahezu erschöpft war. Eine Unterbrechung der Arbeiten mußte in der Erwägung für unethisch erachtet werden, daß der Weiterbau dann im nächsten Jahre unter ungünstigeren Verhältnissen und bei erheblich größeren Bautiefen würde erfolgen müssen, unter Umständen aber auch der Bestand des halbfertigen Werkes insofern durch Sturm oder Eisgang bedroht werden könnte. Es ist daher mit dem Bau weiter vorgegangen und dabei in Aussicht genommen worden, den dadurch bedingten Kostenanwuchs in Höhe von 210 000 Mark als Mehrausgabe nachweisen zu lassen. Hiernach bleibt für das Etatsjahr 1888/89 als Rest des anslagsmäßigen Gesamtbedarfs noch ein Betrag von 70 000 Mark bereit zu stellen. Bei Ausführung des Werkes haben wesentliche Abweichungen von dem ursprünglichen Plane und dem Kostenanlsage sich als nothwendig erwiesen. Der Molenbau am rechten östlichen Ufer erfordert einen erheblich höheren, als den im Anlsage vorgesehenen Kostenanwuchs, was hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, daß im Laufe der Bauausführung streckenweise eine Vertiefung der Sohle von 0,5 bis 1,0 Mtr., vereinzelt sogar bis zu 2,0 Mtr. eingetreten ist und daß für die Ausführung des Werkes anstatt der anslagsmäßig im Mittel auf 0,60 Mtr. über Mittelwasser der Diffe bemessenen Kronenhöhe eine solche von 1,5 Mtr. angenommen werden mußte. Die Möglichkeit, den Mehrbedarf für den Bau am rechten östlichen Ufer ohne Ueberbreitung der gesammten Anslagssumme von 720 000 Mark zu befreien, ist dadurch gegeben, daß ein Theil der für den Ausbau des linken westlichen Ufers geplanten Arbeiten bis auf weiteres ausgesetzt bleiben muß, weil die Sanablagierungen daselbst noch keine feste Gestalt angenommen haben und weil im künftigen Jahre, nachdem das Ostwerk vollendet sein wird, noch weitere Veränderungen zu erwarten stehen, deren Umfang sich zur Zeit noch nicht übersehen läßt, von denen es aber abhängen wird, ob und wenn inwiefern ein weiterer Ausbau des westlichen Ufers überhaupt nothwendig sei.

Ueber den Winter-Hafen in Dirschau, für welchen 190 000 Mth. gefordert werden, wird Nachstehendes bemerkt:

Die Einrichtung eines Winterhafens im Weichselstrom bei Dirschau wurde bereits in den Jahren 1867 und 1871 angestrebt, nachdem durch Erhebungen, zu welchen wiederholte Eingaben aus den Kreisen der Schifffahrtreidenden, wie Berichte der Provinzialbehörden Anlaß gegeben hatten, die Nothwendigkeit einer solchen Hafenanlage festgestellt war. Damals scheiterte der Plan jedoch an der Weigerung der Gemeindebehörden von Dirschau, auf die Bedingungen einzugehen, unter welchen die Uebernahme der Bauausführung seitens des Staates in Aussicht gestellt war. Nachdem aber im Winter 1882/83 45 Fahrzeuge mit Frachtgut im Werthe von 1 250 000 Mark bei Dirschau im Eise eingeschlossen waren, und nur mit bedeutendem Kostenanwuchs Fahrzeuge und Ladung zum größten Theil hatten geborgen werden können, ergaben es geboten, den bringenden, von den Provinzialbehörden angelegentlich befürworteten Anträgen der Kellerten der Danziger Kaufmannschaft und des Vorstandes des Vereins der vereinigten Schiffer in Bromberg entsprechend, dem Plane von neuem näher zu treten, zumal die Verwirklichung desselben auch der Weichselstrombauverwaltung in hohem Maße zum Vortheil gereichen würde. Denn die Hafenanlage würde nicht nur für die bei den alljährlichen Eisbrecharbeiten beschäftigten Eisbrechdampfer und für deren Transportfahrzeuge den bisher mangelnden Standort bzw. Haltepunkt, sondern auch für den bei weitem größten Theil der zur Wasserbaupolice Dirschau gehörigen fiskalischen Fahrzeuge ein ebenso sicheres als für die Zwecke der Verwaltung günstig gelegenes Winterlager bieten. Auf Grund des nach diesen Gesichtspunkten ausgearbeiteten Entwurfs ist für den geplanten Winterhafen eine Sohlenfläche von 15 950 Qu.-Mtr. in Aussicht genommen; hiervon entfallen auf den Raumbedarf für Eisbrechdampfer nebst Zubehör, sowie für die übrigen fiskalischen Fahrzeuge 3 500 Qu.-Mtr., so daß 12 450 Qu.-Mtr. verfügbar bleiben, welche nach Maßgabe des Raumes, den Weichselfahrzeuge gewöhnlicher Art einschließend der nöthigen Zwischenräume und der Freiliegung einer Ein- und Ausfahrt beanspruchen. Platz für 40 solcher Fahrzeuge bieten. Die Ausführung dieses Entwurfs ist zu einem Kostenbetrage von 190 000 Mark veranschlagt. Die Bauausführung wird innerhalb eines Jahres zur Vollendung gelangen können.

Daß die neue Schiffswerft in Plehnendorf, für welche anslagsmäßig 86 000 Mth. gefordert werden, hauptsächlich zu Reparaturen an fiskalischen Stromfahrzeugen und Maschinen bestimmt sein soll, ist schon in den telegraphischen Mittheilungen erwähnt. Es sind bei den Regulierungs- und Unterhaltungsarbeiten im Bezirke der Weichselstrom-Bauverwaltung neun Dampfschiffe, sechs Bagger, sechs Mastenkrane und ein Taucherboot mit zusammen zwölfeinzwanzig Dampfmaschinen im Betriebe. Um einerseits eine Herabminderung der Kostenanfwendungen für Reparaturen zu erreichen, andererseits auch zu jeder Zeit Gelegenheit zu finden, das etwa verfügbare Personal an Maschinen und Helfern vollaus zu beschäftigen, wird das neue Etablissement, das auch Aufschleppvorrichtungen für größere und kleinere Fahrzeuge erhalten soll, geplant. Ein für die Anlage besonders geeigneter Bauplatz bietet sich auf dem fiskalischen Terrain neben der Schleufe in Or. Plehnendorf. — Schließlich sei für heute noch erwähnt, daß der Etat der kgl. Eisenbahn-Direction zu Bromberg im Extraordinarium 66 100 Mth. für den Umbau der Bahnhöfe Oliva und Eydhöfen enthält.

* [Von der Weichsel.] Plehnendorf, 19. Jan.: Wasserstand am Oberpegel 3,76 Meter, Unterpegel 3,70 Meter. Eisverhältnisse unverändert.

* [Chormitgliedschaft.] Der Gesangverein für gemischten Chor zu Graudenz hat Hrn. Ferdinand Reutner aus Danzig, welcher dort am Sonntag bei einer Ausführung des Oratoriums „Das Paradies und die Pers.“ als Solist hervorragend mitwirkte, zu seinem Chormitgliede ernannt.

* [Fischerhauverein.] Gestern Abend hielt der Vorstand dieses Vereins im Bildungsvereinschause eine Sitzung ab. Zunächst verlas der Vorsitzende, Herr Polizeirath Lutteroth, den von ihm verfaßten Jahresbericht, welcher in der nächsten Generalversammlung am 1. h. Mts. erstattet werden wird. Aus demselben entnehmen wir, daß die Mitgliederzahl Ende 1887 682 betrug. Auf polizeiliche Strafen wegen Thierquälerei wurde im vergangenen Jahre in 115 Fällen erkannt. Demnach hob Herr Lutteroth hervor, daß bei dem letzten Schneefall häufig dadurch Pferdequälereien zur Schau kamen, daß der Schnee aus den Straßen entfernt wurde und Schlitzen vom Canale daher auf dem bloßen Steinpflaster nicht fort kamen, namentlich ist dieses bei den Straßenübergängen der Fall. Es soll darauf hingewirkt werden, daß hier der Schnee liegen gelassen wird.

* [Bazar.] Zu dem Bazar, welcher vom 5. bis 7. Februar zu Gunsten des hiesigen Diakonienhauses wird abgehalten werden, hat die Kaiserin schon

